

Rats-Update Nr. 6

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 25. November 2021

Seit langer Zeit wurden die Ratsmitglieder vor der Sitzung mal wieder von einer kleinen Demonstration begrüßt. Eine Initiative hatte sich zum „**Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen**“ vor dem Eingang der Mercatorhalle positioniert und wies auf Plakaten und Flyern auf einen Missstand in den Duisburger Frauenhäusern hin. Die Initiative erklärte, dass in den wenigen Duisburger Frauenhäusern im vergangenen Jahr 650 hilfeschuchende Frauen abgewiesen werden mussten und forderte mehr finanzielle Unterstützung (diesem Wunsch kam der Rat später innerhalb des Haushaltsplans nach). Als sichtbares Zeichen der Solidarität zum „Tag gegen Gewalt an Frauen“ trugen viele Ratsmitglieder orange-farbene Tücher, Schals oder Masken.

Grüne und Linke hatten am Tag vor der Ratssitzung noch einen Antrag in Form einer **Resolution** zum Thema „**Aufnahme von Flüchtlingen an der Grenze von Belarus**“ gestellt, der nach der Geschäftsordnung des Rates nicht fristgerecht eingegangen war. In solchen Fällen muss der Rat zunächst darüber entscheiden, ob so ein Antrag trotzdem auf die Tagesordnung darf. Bevor der Oberbürgermeister diese Frage stellen konnte, meldete sich der CDU-Fraktionsvorsitzende zu Wort und erklärte, dass dieses Thema nicht in der Zuständigkeit des Duisburger Stadtrates liege und deshalb auch nicht beraten werden dürfe. Falls die Mehrheit des Rates entscheiden sollte, dass der Antrag dennoch auf die Tagesordnung kommt, werde die CDU an der Abstimmung zum Antrag nicht teilnehmen. Tatsächlich stimmte die Mehrheit des Stadtrates dafür, die Resolution unter dem neuen Top 120 zu beraten.

Als nächstes beantragte die Fraktion der Grünen, die (mehrheitlich von CDU und SPD beschlossenen) **Redezeiten zum Haushaltsplanentwurf** nicht auf 4 Minuten zu begrenzen und auch die Redezeiten zu den einzelnen Änderungsanträgen nicht auf 2 Minuten zu reduzieren. Nach längerer Diskussion stimmten SPD, CDU und OB gegen die Verlängerung der Redezeiten.

Immer noch vor Beginn der eigentlichen Tagesordnung wurden **zwei neue Ratsmitglieder** verpflichtet. Louis Bruns (SPD) wurde als Nachfolger des verstorbenen Ratsherrn Manfred Kaiser (SPD) eingeführt und Dr. Lothar Tacke (SPD) folgte auf den kürzlich verstorbenen Bürgermeister Manfred Osenger (SPD). Dazu erhob sich der Rat von seinen Plätzen und die beiden sprachen die Verpflichtungsformel.

Im Mittelpunkt dieser Ratssitzung sollte eigentlich die **Verabschiedung des Haushaltsplans** für 2022 und 2023 stehen. In früheren Zeiten lieferten sich die „regierenden“ Ratsfraktionen und die Oppositionsparteien bei diesen Sitzungen „rhetorische Schlachten“ über den Sinn und Unsinn von geplanten Ausgaben oder Einnahmen. Traditionell war dies die Stunde der 'Generalabrechnung' mit dem Oberbürgermeister und die ihn tragende/n Fraktion/en. In Zeiten der vertragslosen GroKo ist das anders.

Keine Haushaltsreden von SPD und CDU

SPD und CDU haben zwar keinen erneuten Kooperationsvertrag geschlossen, arbeiten aber wieder so eng zusammen, als ob es die Kommunalwahl im letzten Jahr nie gegeben hätte. So waren sich beide Fraktionen einig, keine Haushaltsreden zu halten, sondern ihre Redebeiträge kommentarlos zu Protokoll zu geben. Natürlich hätten sie es gern gesehen, wenn die anderen Fraktionen ihrem Beispiel gefolgt wären. Dieser unausgesprochenen Bitte kamen die Oppositionsparteien natürlich nicht nach.

So hielt die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anna von Spiczak, die **1. Haushaltsrede** des Tages und empörte sich zu Recht darüber, dass im aktuellen Stadtrat (Dank SPD, CDU und Oberbürgermeister) ohnehin kaum mehr Diskussionen zu einzelnen Themen stattfinden. Aber das nun nicht einmal mehr die Positionen zum Haushaltsplan vorgetragen werden sollen, widerspreche dem grundsätzlichen demokratischen Wahlauftrag an alle Mandatsträger und Mandatsträgerinnen. Sie erinnerte daran, dass die Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl deutlich gemacht hätten, dass sie ein „weiter so“ nicht mehr wollten, was von den beiden großen Fraktionen offenbar vergessen oder verdrängt werde. Sie erklärte, dass die Klimakrise die größte Herausforderung unserer Zeit sei, aber SPD und CDU dies ignorieren würden, weil im Umweltbereich „alles zu wenig“- oder nur Stückwerk sei.

Anna von Spiczak (Grüne) kritisierte aber auch die 28 zusätzlich geplanten Stellen beim Ordnungsamt: „Zu viel Geld, ohne das gesagt wird, was diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen sollen.“ In anderen Verwaltungsbereichen, wie dem Umweltamt, fehlten hingegen Stellen. Es würden grundsätzlich falsche Prioritäten gesetzt. Im Kulturbereich warf sie den Handelnden sogar Ignoranz vor, weil es im kommenden Jahr nur 100.000 Euro für das Soziokulturelle Zentrum am Stapeltor geben soll und nicht 250.000 Euro, wie es von den Grünen beantragt wurde. Sie erklärte, dass die Grünen dem Haushalt nicht zustimmen werden, da sie sich nicht als „Stützrad für die Wahlverlierer“ sehen würden.

Da die Haushaltsreden immer in der Reihenfolge der Fraktionsgröße gehalten werden, war der zweite Redner **Alan Imamura von der AfD**. Er hielt eine vermeidlich lustige Dankesrede „an das Virus“ und erklärte, dass die Bevölkerungszahl in Duisburg seit Jahrzehnten stagniere, also weder durch Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa steige, noch durch Corona eine Übersterblichkeit festzustellen sei. Weitere Themen in seiner Rede waren (u.a.), dass Duisburg wieder im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes aufgeführt wurde und dass die Stellungnahme des Personalrates zum neuen Stellenplan ein „Hilferuf“ sei. Er kritisierte, dass nur die bilanzielle Isolation von 212 Mio. Euro „Corona-Kosten“ dazu führe, dass dieser Haushalt ausgeglichen dargestellt werden könne. Zuletzt verwies er auf den AfD-eigenen Haushaltsantrag und erklärte die Ablehnung seiner Fraktion zum städtischen Haushaltsplan.

Der nächste Redner war (der Fraktionsgröße nach) **Erkan Kocalar von der Fraktion DIE LINKE**. Er erklärte, dass es nun endlich wieder mehr Spielräume im städtischen Haushalt gäbe, obwohl noch viele Fragen offen seien. Viel wichtiger sei aber ohnehin, „was nicht im Haushalt steht“. Und weiter: „Die angeblichen Erfolge wurden teuer erkaufte“. Alle Haushaltsvorschläge von SPD und CDU seien nur wie ein „Tropfen auf den heißen Stein“. In seinen weiteren Ausführungen malte er mit markigen Worten ein dunkles Bild unserer Stadt: „Die Stadt verfällt...“ ...„die Lebensqualität ist in Duisburg massiv gesunken...“. Es gäbe keine Mittel für Integration und Bildung und viel zu wenig im Sozialbereich und zur Bekämpfung der Klimakrise. Auch er erklärte, dass der diesjährige Haushaltsausgleich nur zustande kommen konnte, weil Corona-Kosten isoliert verbucht werden dürfen. Weil Ercan Kocalar seine vorgesehene 4-minütige Redezeit mit 5:30min. „deutlich überschritten“ habe, erteilte Oberbürgermeister Sören Link ihm eine mahnende Rüge und bezeichnete dies als „Respektlosigkeit gegenüber dem Rat“.

Es folgte die Haushaltsrede des **JuDu-Vorsitzenden Dr. Stefan Wedding**, der erklärte, mit gemischten Gefühlen in die heutige Sitzung gekommen zu sein. Es kritisierte, dass es eine erneute Auflage der GroKo gäbe, die in Duisburg jedoch nicht für Innovationen stehe. Weiterhin kritisierte er, dass die Fraktionen von SPD und CDU auf ihre Haushaltsreden verzichtet hatten und somit bewusst nicht gesagt hätten, dass der Haushaltsausgleich zum großen Teil durch Zinseinsparungen möglich war. Er lobte den Haushaltsantrag seiner eigenen Fraktion und erläuterte kurz einzelne Themen, wobei er SPD und CDU in vielen Bereichen Vorwürfe machte: „Hören Sie auf mit dem GroKo-Gießkannen-Prinzip.“

Als Nächstes folgte die (bewusst kurz gehaltene) Rede des FDP-Vorsitzenden Wilhelm Bies:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, nur wenige Sekunden verbleiben mir netto, um den Haushalt einer Großstadt mitten in der Coronakrise öffentlich zu beurteilen. Jedenfalls war es bislang in der Bundesrepublik so, dass nicht das Maß der individuellen Langeweile über die Länge von Haushaltsreden entscheidend war, sondern es war das Königsrecht des Parlamentes, sich mit den aktuellen Fragen auch grundsätzlicher Natur auseinanderzusetzen. Darüber hinaus hätte ich jetzt gerne einmal den Oberbürgermeister und den Kämmerer stellvertretend für die Verwaltung 10 Minuten lang gelobt. Dies ist mir leider verwehrt. – Schade –

Ich werde deshalb schnell zu einer Beurteilung des Haushaltes kommen:

1. Die Stadt Duisburg ist auf einem Weg der Konsolidierung. Dies wurde mit Einsparungen und Verfügbarmachung von Steuergeldern erreicht.
2. Die Stadt Duisburg ist – wie andere Städte – hart von Corona betroffen. Hier wurden und werden Steuergelder verfügbar gemacht und Schulden über Jahrzehnte gestreckt.
3. Kaum zeigt sich, dass die Stadt Anstalten macht, der sog. Vergeblichkeitsfalle zu entkommen, so sind schon die ersten politischen Begehrlichkeiten wahrzunehmen.
4. Die Anträge der SPD/CDU sind (noch) von Augenmaß gekennzeichnet, deshalb unsere Zustimmung.
5. Die Haushaltsanträge der FDP sind die besten.
6. Wir stimmen dem Haushalt zu.

Danke

Änderungsanträge zum vorgelegten Haushaltsplan

Nachdem alle Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger ihre Positionen zum Haushalt erklärt hatten, folgten die Beratungen über die gestellten Änderungsanträge. Allein die Grünen hatten 7 verschiedene Anträge zu Finanzierungen und 6 Anträge zu Personalfragen gestellt. Obwohl alle Anträge bereits im Haupt- und Finanzausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt wurden, meldeten sich die Grünen bei jedem einzelnen Antrag (langatmig) zu Wort und erläuterten noch einmal das jeweilige Thema.

Zur Übersicht folgt hier eine Liste der **Grünen-Anträge**: Energetische Gebäudesanierung, Hackathons, Mittel für digitale Bürger/innen-Beteiligung, Sicherung der Schulsozialarbeit, Ausbau und Instandsetzung des Radwegenetzes, zusätzliche Mittel für den Klimaschutz, Konzept zur Regulierung der Stadttaubenpopulation, eine Vollzeitstelle für eine oder einen Antidiskriminierungsbeauftragte/n, weitere Stellen im Schulamt, Aufstockung des Personals der Stabsstelle IGA 2027. 4 weitere Anträge, die auch bereits im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt wurden, wurden zur Ratssitzung von den Grünen zurückgezogen. Die FDP-Ratsfraktion reagierte mit Zustimmung, Stimmenthaltung oder Ablehnung auf die jeweiligen Forderungen der Grünen. Letztendlich wurden aber alle Anträge durch die Mehrheit von SPD und CDU (meist kommentarlos) abgelehnt.

Haushaltsanträge der Freien Demokraten

Die FDP-Fraktion hatte 4 Änderungsanträge zum Haushaltsplan gestellt, die jedoch auch alle mehrheitlich abgelehnt wurden.

So hatten die Liberalen eine „**Gebührenerkung der Sondernutzung für Tische und Stühle in der Außengastronomie**“ beantragt. Die Fraktionen von Grünen, Linken, JuDu und AfD stimmten dem FDP-Antrag zwar zu, aber auch das reichte nicht, um die ablehnende Mehrheit der GroKo zu brechen.

Dem zweiten FDP-Haushaltsantrag mit der Überschrift „**Zweitwohnungssteuer abschaffen**“, stimmte leider keine andere Ratsfraktion zu. Obwohl der Antrag gut formuliert und erläutert war, hatte man das Gefühl, dass die anderen Fraktionen den Sinn nicht erkennen konnten (oder wollten).

Ebenso erging es dem liberalen Antrag „**Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes**“. Dabei hatten die Freien Demokraten bewusst eine relativ leichte Senkung von 520 auf „nur“ 450 Prozent beantragt. Hier gab es leider nur Zustimmung der Fraktion Tierschutz/Dal. Alle anderen Fraktionen sehen zurzeit keinen Spielraum für eine Senkung oder wollen bewusst einen „Unterbietungs-Wettbewerb“ mit anderen Kommunen vermeiden. Das eine hohe Gewerbesteuer evtl. Unternehmen aus der Stadt vertreibt und nicht dazu geeignet ist, neue Firmen in die Stadt zu locken, scheint vielen Parteien nicht klar zu sein.

Beim 4. Antrag der FDP-Fraktion sollte der Stadtrat etwas beschließen, was die Bezirksvertretung Walsum bereits vor längerer Zeit einstimmig beschlossen hatte, was aber seit Jahren nicht realisiert wird. Es ging um die „**Errichtung einer Skater-Anlage in Walsum**“. Auch dieser FDP-Antrag erhielt die Zustimmung von Grünen, Linken und Tierschutz/Dal, aber nicht von SPD und CDU, obwohl die beiden großen Parteien damit gegen ihre eigenen Kollegen in Walsum stimmten, worauf Wilhelm Bies noch einmal hinwies. Wie in (fast) allen anderen Fällen, stimmte die GroKo kommentarlos dagegen.

Auch die **Haushaltsanträge von JuDu, AfD, und Tierschutz/DAL** wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Alle 3 Fraktionen hatten nicht nur einzelne Änderungsanträge formuliert, sondern ihre eigenen (mehrseitigen) Haushaltskonzepte erstellt und in den Rat eingebracht. Insofern standen hier keine einzelnen Änderungen zur Abstimmung, sondern ganze „Pakete“ von Einnahme- und Ausgabevorschlägen. Obwohl die Ideen von JuDu zu einem großen Teil sinnvoll waren und dem FDP-Wahlprogramm nahe kamen, gab es im „JuDu-Paket“ auch einige Themen, denen die FDP-Ratsfraktion keinesfalls zustimmen konnte. Dementsprechend stimmte in allen 3 Fällen nur die jeweils eigene Fraktion für ihre Vorschläge.

Haushaltsplan für 2022 und 2023 beschlossen

Nachdem alle Änderungsanträge „abgearbeitet“ waren, kam es zur endgültigen Abstimmung über den sogenannten Doppel-Haushalt, der für 2022 und für 2023 gilt. Die erweiterte FDP-Ratsfraktion hatte sich in einer Klausursitzung und mehreren Fraktionssitzungen mit den Details des Haushaltsplans beschäftigt und war zu dem Ergebnis gekommen, zuzustimmen. So wurde der Haushalt mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP beschlossen – die anderen Fraktionen und Gruppen stimmten dagegen.

Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik der Stadt

Unter der o.g. Überschrift lag dem Stadtrat ein Beschlussvorschlag vor, wonach der Oberbürgermeister zukünftig allein Grundstückskäufe im Namen der Stadt tätigen kann. Er soll damit schnell -und ohne vorherige Zustimmung des Rates- auf sich bietende Gelegenheiten und Planungsmöglichkeiten reagieren können. Seine vorgesehenen Befugnisse gingen den Freien Demokraten allerdings deutlich zu weit. So stand in der Vorlage, dass ein Kauf jederzeit und „ohne dringenden Grund“ erfolgen kann und dass der Stadtrat über die getätigten Käufe nicht zwingend informiert werden muss. Dementsprechend forderte die FDP-Fraktion Änderungen im Beschlusstext, um die weitreichenden neuen Befugnisse des Oberbürgermeisters zumindest teilweise zu begrenzen. Von Grünen, Linken, JuDu und AfD erhielten die Änderungsvorschläge der Liberalen großen Zuspruch. SPD, CDU und Oberbürgermeister stimmten erwartungsgemäß dagegen - und so wurde die Vorlage in der Original-Version beschlossen.

Unterausschuss Universität des Schulausschusses

Der Schulausschuss gründete wieder einen Unterausschuss, der sich mit Vertretern der Universität austauscht. Die stimmberechtigten 7 Ausschusssitze wurden unter den größeren Fraktionen aufgeteilt, aber FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff konnte einen beratenden Sitz im Gremium ergattern, so dass die Liberalen dort zumindest auf diese Weise vertreten sein werden. Diese vorherige Personalauswahl des Schulausschusses wurde nun vom Stadtrat mit großer Mehrheit beschlossen.

Gründung eines Dienstleistungsunternehmens als Octeo-Tochter

Längere, teils heftige Diskussionen, gab es bei Top 18, als es darum ging, eine Tochtergesellschaft der Octeo zu gründen, die für die Stadt (im Bedarfsfall) Personal vorhalten soll. Dabei geht es z.B. um Sicherheits- und Wachdienste, eine Aufgabe, die die Octeo schon seit Jahren wahrnimmt. Bei der städtischen Gesellschaft Octeo handelt es sich bereits um eine Tochtergesellschaft der DVV (Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft), was den größten Teil der Kritik ausmachte. Zudem war nicht klar zu erkennen, warum es nun erforderlich ist, für Personaldienstleistungen -die bisher schon von Octeo erfüllt wurden- eine weitere Gesellschaft zu gründen. Der anwesende Octeo-Geschäftsführer erläuterte den ganzen Sachverhalt und sicherte zu, dass bei der neuen Gesellschaft keine Geschäftsführer- Betriebsräte oder Aufsichtsgremien geschaffen werden. Dies war ein wichtiger Grund, warum die Freien Demokraten der Gründung dann doch zustimmten (zusammen mit SPD und CDU). Grüne, Linke und Tierschutz/DAL stimmten dagegen, AfD und JuDu enthielten sich der Stimme.

Zahlreiche einstimmige Beschlüsse

Die folgenden ca. 60 Tagesordnungspunkte wurden fast einstimmig und ohne große Diskussionen beschlossen. Dabei handelte es sich z.B. um Wirtschaftspläne und Corona-bedingte Zuschüsse städtischer Gesellschaften, Satzungsänderungen oder die Beantragung von überregionalen Zuschüssen für städtische Maßnahmen. Selbst die Erhöhung der **Entgeltordnung der Stadtbibliothek** (also die Kosten für den Bibliotheksausweis) von 15,-€ auf 20,-€ wurden nicht diskutiert, da die detaillierte Beratung bereits im Kulturausschuss stattgefunden hatte und auch dort schon einstimmig beschlossen wurde. Genauso unaufgeregt ging es zu, als der Rat die neue **Honorarordnung der Volkshochschule** besiegelte oder den **Rahmenplan für die Altstadt-Süd** beschloss.

Auch die vorliegenden Planungen der **Erweiterungsbauten und/oder Neubauten von Schulgebäuden** wurden bereits ausgiebig im Schulausschuss beraten, weshalb der Rat auf weitere Diskussionen verzichtete.

Gebührenerhöhungen

Es folgten einige Beschlussvorlagen, die sich mit Gebühren beschäftigten. Dabei ging es u.a. um die **Abwassergebühren**, die **Müllgebühren**, die **Straßenreinigungsgebühren** und die **Friedhofsgebühren**. Zusammenfassend muss man leider feststellen, dass alle städtischen Gebühren mehr oder weniger erhöht werden müssen. Bei Gebühren handelt es sich jedoch nicht um die sonst üblichen gewinnorientierten Unternehmenskalkulationen, sondern um gesetzlich streng vorgeschriebene Berechnungen der notwendigen Ein- und Ausgaben, die zusätzlich (fast immer) von Gerichten überprüft- und im Falle von Berechnungsfehlern auch korrigiert werden. Nur die Fraktion Tierschutz/DAL verstand nicht, dass es bei Gebühren keinen „Verhandlungsspielraum“ gibt und stimmte dagegen. Gegen die Erhöhung der Friedhofsgebühren stimmten allerdings auch die Grünen, da sie die vollständige Übertragung der Friedhöfe auf die Wirtschaftsbetriebe ablehnen.

Übertragung des Friedhofswesens auf die Wirtschaftsbetriebe

Die Stadt war bisher zwar Eigentümerin der städtischen Friedhöfe und des städtischen Krematoriums, aber bereits seit 2007 wurden die Wirtschaftsbetriebe (WBD-AöR) damit beauftragt, das komplette Friedhofswesen zu organisieren und sogar die Gebühren (im Auftrag der Stadt) einzutreiben. Dafür entrichtete die Stadt bisher ein sogenanntes Betriebsführungsentgelt an die WBD. Ab dem 01.01.2023 würde eine Gesetzesänderung dazu führen, dass die Stadt zusätzlich 19% Mehrwertsteuer auf das Betriebsführungsentgelt zahlen müsste, was letztendlich auch die Friedhofsgebühren um 19% verteuern würde. Also entschied man sich nun, die Friedhöfe komplett in den Besitz der Wirtschaftsbetriebe zu übergeben, inklusive aller Grundstücke (und Schulden).

Da es sich bei den Wirtschaftsbetrieben um eine 100%ige städtische Gesellschaft handelt, kann man eigentlich nicht davon sprechen, dass die Friedhöfe nun „privatisiert“ würden, aber für einige Parteien war das ein guter Grund, dem Beschluss nicht zuzustimmen. Leider ist demnächst eine Erhöhung der Friedhofsgebühren um ca. 7% erforderlich, was für die Bürgerinnen und Bürger jedoch immer noch günstiger ist als eine Steigerung um 19%, weswegen die meisten Fraktion der Übertragung und auch der Gebührenerhöhung zustimmten. Grüne, Linke und Tierschutz/DAL stimmten dagegen.

Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und Veränderungssperren

In den folgenden Tagesordnungspunkten beschäftigte sich der Stadtrat mit verschiedenen Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen, die alle kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden.

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Ab Top 85 beriet der Stadtrat über zahlreiche Anträge und Anfragen, die die verschiedenen Fraktionen an den Rat bzw. an die Stadtverwaltung gestellt hatten. Während die Anfragen nicht beraten wurden, weil sie schriftlich im Protokoll zur nächsten Sitzung beantwortet werden sollen, wurde um die Anträge zum Teil heftig diskutiert. Aber letztendlich wurden nahezu alle Anträge mehrheitlich abgelehnt.

Auch die FDP-Ratsfraktion hatte 2 interessante Anträge gestellt: Zum einen sollte der städtische Stellenplan fortwährend daraufhin überprüft werden, ob es möglich ist, weitere Stellen im Ordnungsamt zu schaffen, da es dem **städtischen Außendienst (SAD)** offenbar immer noch nicht ausreichend gelingt, in allen Stadtteilen für „Sicherheit und Ordnung“ zu sorgen. Es sollten also keine neuen Mitarbeiter eingestellt werden, sondern nur geprüft werden, ob dies im Laufe der Zeit möglich wäre. Dennoch stimmten fast alle Ratsfraktionen gegen diesen Antrag.

Überraschenderweise erging es dem 2. FDP-Antrag ebenso. Hier sollte die Stadtverwaltung „die technischen, finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Einrichtung von sicheren **Drogenkonsumräumen** prüfen“. Auch in diesem Fall sollte nichts beschlossen werden, sondern zunächst nur geprüft werden, ob und wie so etwas möglich wäre. Während die CDU offenbar sogar eine Prüfung ablehnt, wollten die Grünen in einem eigenen Antrag sofort einen entsprechenden Raum errichten lassen und Mitarbeiter einstellen (was jedoch von SPD und CDU bereits im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt wurde). Dementsprechend ging den Grünen der FDP-Antrag „nicht weit genug“, weswegen sie ihn ablehnten(!) Nur die Linke stimmte für unseren Prüfantrag, alle anderen dagegen.

Gebetsruf an Duisburger Moscheen ermöglichen

Die Fraktion Tierschutz/DAL hatte einen Antrag gestellt, wonach der Oberbürgermeister mit den Moscheeverbänden eine Vereinbarung treffen sollte, in der die Bedingungen für einen „lautsprecherverstärkten Gebetsruf“ zwischen Moscheen und Anwohnern geregelt werden sollte. Über diesen Antrag kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund. Die einen sahen im Gebetsruf eine notwendige Gleichberechtigung aller Religionen, die anderen erklärten die Forderung zu überflüssigem Populismus, um sich bei einigen Betroffenen beliebt zu machen. Zudem erklärte ein Ratsmitglied der SPD, dass dieser Wunsch von keiner einzigen Moschee in Duisburg erhoben würde. Letztendlich stimmte nur Tierschutz/DAL für ihren Antrag, alle anderen dagegen.

Mitteilungsvorlagen

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zahlreiche Mitteilungsvorlagen beraten. Die Verwaltung teilt darin Sachstände oder Änderungen mit, über die die Fraktionen diskutieren und Fragen stellen können, jedoch keinen Beschluss fassen müssen.

Beigeordnetenstelle wird neu ausgeschrieben

An Tagesordnungspunkt 117 beschloss der Stadtrat einstimmig, dass die Stelle zum **Beigeordneten für Umwelt und Kultur** erneut ausgeschrieben werden soll. Der neue Dezernent wurde zwar im Frühjahr bereits gewählt, aber eine Mitbewerberin hatte vor Gericht erwirkt, dass das damalige Auswahlverfahren gegen geltende Vorschriften verstoßen habe.

Resolution: Sicherer Hafen – Menschen an der Belarussischen Grenze

Beim letzten Tagesordnungspunkt (120) kam es zu heftigen Wortgefechten im Duisburger Stadtrat. Wie eingangs erwähnt, hatten Grüne und Linke einen Antrag in Form einer Resolution mit dem Titel „Sicherer Hafen – Aufnahme der Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze“ gestellt. Grüne und Linke forderten darin die EU auf, die Flüchtlinge sofort aufzunehmen. Die Stadt Duisburg sollte sich bereit erklären, diese Menschen aufzunehmen.

Die CDU hatte ja schon vor Beginn der Ratssitzung erklärt, dass sie sich an der Abstimmung zu diesem Antrag nicht beteiligen wird. Dennoch beteiligte sie sich an der langen Diskussion, bei der es erwartungsgemäß um Zuständigkeiten, Verantwortung, Menschenrechte und Hilfsbereitschaft ging. Einige Ratsmitglieder wiesen zurück, dass dieses Thema in Übereinstimmung mit dem Ratsbeschluss von 2020 wäre, wonach sich Duisburg zum „Sicheren Hafen“ erklärt hatte. Damals ging es um Menschen, die übers Mittelmeer nach Europa gelangen wollten.

In der gesamten Ratssitzung hatte die Gemeinschaft aus CDU und SPD 'standgehalten' und gemeinsam alle Anträge der anderen Fraktionen erfolgreich „abgewehrt“. Bei diesem Tagesordnungspunkt zerbrach die Einigkeit. Denn die SPD stimmte gemeinsam mit Grünen und Linken für die Resolution. Da die CDU nicht an der Abstimmung teilgenommen hatte, war dies auch die Mehrheit – und der Antrag somit beschlossen.

Nach der Abstimmung meldete sich Oberbürgermeister Sören Link zu Wort, der sich während der Beratung des Antrags nicht geäußert hatte. Er erklärte, dass er nicht so genau wisse, wie er mit derartigen Beschlüssen umgehen solle, bzw. an wen er sich denn nun wenden sollte, um diesen Auftrag der Ratsmehrheit zu erfüllen. Er bat darum, zukünftig nicht immer wieder Themen zu behandeln, die die Zuständigkeit und die Kompetenz der Stadt Duisburg überschreiten.

Ende um 19:50 Uhr

Um 19:50 Uhr beendete der Oberbürgermeister diese letzte öffentliche Ratssitzung des Jahres 2021. Nachdem die Öffentlichkeit und die Presse verabschiedet wurde, eröffnete der Oberbürgermeister die nichtöffentliche Sitzung mit 13 Tagesordnungspunkten, über die hier nicht berichtet werden darf.

Weihnachtsferien

Mit diesem 6. Rats-Update verabschiedet sich die FDP-Ratsfraktion in die bevorstehenden Weihnachtsferien. Falls nichts Außergewöhnliches geschieht, ist die nächste Ratssitzung erst wieder am 14. Februar 2022 geplant.

Danach informieren wir Sie natürlich wieder gerne über die aktuellen politischen Themen, sowie Stimmungen und Meinungen im Duisburger Stadtrat - aus Sicht der Liberalen.

In diesem Sinne wünschen Ihnen unsere Ratsmitglieder Wilhelm Bies, Oliver Alefs, Kira Schulze Lohoff, sowie Fraktionsgeschäftsführer Thomas Wolters schöne Weihnachtstage, erholsame Ferien und einen guten, gesunden Start ins neue Jahr.